

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Gunnar Lindemann (AfD)**

vom 11. Juli 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Juli 2024)

zum Thema:

Kooperationsvereinbarung zwischen Bắc Ninh und Marzahn-Hellersdorf

und **Antwort** vom 30. Juli 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Juli 2024)

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
- Senatskanzlei –

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/19698

vom 11. Juli 2024

über Kooperationsvereinbarung zwischen Bắc Ninh und Marzahn-Hellersdorf

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Die nachfolgenden Antworten beruhen im Wesentlichen auf der Auskunft des Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf.

Vorbemerkung: In einer Pressemeldung vom 09.07.24 wird darüber berichtet, dass das Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf eine „Kooperationsvereinbarung“ mit der vietnamesischen Provinz Bắc Ninh geschlossen hat.

<https://marzahn-hellersdorf.com/kooperationsvereinbarung-zwischen-b-ac-ninh-und-marzahn-hellersdorf-unterzeichnet/>

1. Welche konkreten „Kooperationen“ sind gegenwärtig geplant? Wer hat diese auf welcher Grundlage geplant?

Zu 1.: Die Kooperationsvereinbarung des Bezirks mit Bắc Ninh wurde am 5. Juli 2024 im Rathaus Marzahn-Hellersdorf geschlossen. Durch diese Absichtserklärung zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen soll nach Auskunft des Bezirksamtes insbesondere der Austausch zu den Themen Gesundheit, Bildung, Jugend, Wirtschaft, Handel, Kultur, erneuerbare Energien, Management und Naturschutz vertieft werden. Das Ziel, eine

gemeinsame Kooperationsvereinbarung abzuschließen, entstand bei dem vorausgegangenen Treffen beider Delegationen in Bắc Ninh im Februar 2024.

2. Falls noch keine konkreten „Kooperationen“ geplant sind: Wann werden diese von wem auf welcher Grundlage geplant und wann werden sie wo publiziert?

Zu 2.: Zukünftige gemeinsame Aktionen werden vom Bezirksamt und den dort zuständigen Fachbereichsleitungen, der zuständigen Beauftragten sowie den entsprechenden Ansprechpersonen auf vietnamesischer Seite geplant. Dabei steht zunächst die Bemühung um die Akquirierung von Fördermitteln im Fokus. Die Veröffentlichung dieser Programme und Kooperationen erfolgt über die gewöhnlichen Kanäle des Bezirksamtes.

3. Welche Kosten entstehen durch die bislang konkret geplanten „Kooperationen“ für den Steuerzahler und aus welchen Mitteln werden diese bestritten?

Zu 3.: Dazu lässt sich noch keine Aussage treffen.

4. Falls noch keine konkreten „Kooperationen“ geplant sind: Welche Mittel stehen hierfür zu Verfügung? Bitte Herkunft der Mittel mit jeweiligem Haushaltstitel angeben.

Zu 4.: Für zukünftige Kooperationen möchte das Bezirksamt Mittel aus verschiedenen Förderprogrammen (bspw. der GIZ) akquirieren, sie stehen also derzeit noch nicht zur Verfügung.

5. Welche konkreten Vorteile entstehen durch diese Kooperationsvereinbarung für den Steuerzahler?

Zu 5.: Durch den gegenseitigen Wissenstransfer sollen nach Auskunft des Bezirksamtes verschiedene Prozesse der Verwaltungen effizienter gestaltet und verschiedene Arbeitsbereiche verbessert werden.

6. Ist diese Kooperationsvereinbarung gleichzusetzen mit einer Städtepartnerschaft? Falls nein, worin unterscheidet sie sich konkret von einer Städtepartnerschaft?

Zu 6.: Nein. Städtepartnerschaften sind langfristig angelegte und formale Verbindungen zwischen zwei Städten. Sie sind in der Regel das Ergebnis langjähriger Zusammenarbeit und beruhen auf belastbaren Kontakten. In ihnen werden sehr verschiedene Themenfelder auf unterschiedlichen Ebenen bearbeitet. Kooperationsvereinbarungen hingegen setzen stärker einen Fokus auf die praktische Zusammenarbeit zu bestimmten Themen und weisen einen geringeren Grad an Institutionalisierung auf.

7. Wer hat die vietnamesische Provinz Bắc Ninh für diese Kooperationsvereinbarung auf welchen konkreten Grundlagen ausgewählt?

Zu 7.: Die Provinz Bắc Ninh wurde nach Auskunft des Bezirksamtes aufgrund einer Empfehlung des vietnamesischen Botschafters besucht und im Rahmen des Treffens im Februar ausgewählt.

8. Wurde die Bezirksverordnetenversammlung diesbezüglich befragt? Wenn ja, wann und mit welchem Abstimmungsergebnis (bitte Drucksachenummer angeben), wenn nein, warum nicht?

Zu 8.: Nein. Nach Auskunft des Bezirksamtes muss es gemäß Bezirksverwaltungsgesetz die Bezirksverordnetenversammlung bei dem Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit anderen Städten/Gemeinden nicht befragen.

Berlin, den 30. Juli 2024

Der Regierende Bürgermeister
In Vertretung

Florian Graf
Chef der Senatskanzlei